

THEMA IM LANDTAG

Im Mittelpunkt: der Mensch!

Von Sigmar Gabriel

»Die Würde des Menschen ist unantastbar« – so beginnt unsere Verfassung. Artikel 1 des Grundgesetzes lautet nicht: »Die Macht des Kapitals darf nicht begrenzt werden« – auch wenn Union, FDP und einige Arbeitgeber-Funktionäre dies der Öffentlichkeit gelegentlich vorgaukeln.

Der Mensch ist mehr als eine Nummer und mehr als ein Kostenfaktor. Unsere soziale Wirtschaftsordnung basiert auf dem Grundsatz, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist, nicht umgekehrt. Darin sind sich SPD und Gewerkschaften – bei allen Differenzen in Detailfragen – einig.

Unser Land ist wirtschaftlich stark geworden, weil wirtschaftlicher Wettbewerb und Fortschritt immer auch mit sozialer Sicherheit verbunden wurde. Unser Sozialstaat ist ein soziales und ökonomisches Erfolgsmodell. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte fortschreiben:

- Wir wollen einen Sozialstaat, der unterstützt, wenn Menschen in Notlagen geraten.
- Wir wollen einen Sozialstaat, der soziale und ökonomische Teilhabechancen für alle gewährleistet.
- Wir wollen einen Sozialstaat, der ökonomisch bedingte Ungleichheiten und Ausgrenzungen beseitigt und in die Zukunft nachwachsender Generationen investiert.
- Und wir wollen einen Sozialstaat, der eine Kultur der Mitbestimmung auf gleicher Augenhöhe gewährleistet.

Unser Sozialstaat ist eben mehr als ein Reparaturbetrieb kapitalistischer Wirtschaftsweise. Er soll jedem Menschen ein würdiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Wir wissen aber auch: Im Zuge der Globalisierung werden viele der Errungenschaften des deutschen Sozialstaats in Frage gestellt. Deshalb ist die vom SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering angestoßene Debatte um die Spielregeln des globalisierten Kapitalismus überfällig. Diese Debatte ist die Voraussetzung dafür, dass ein Eintreten für die Regeln der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland aber auch in Europa wieder mehrheitsfähig wird. Denn zur Zeit ist das Gegenteil der Fall: Immer mehr gewinnt eine Ideologie die Oberhand, bei der die menschenverachtenden Folgen eines globalisierten Kapitalismus ohne soziale Verantwortung völlig ignoriert werden. Längst haben CDU und FDP unter der Führung von Merkel und Westerwelle und viele Funktionäre der Wirtschaftsverbände den Grundkonsens einer sozialen Marktwirtschaft verlassen, obwohl er Deutschland seit 60 geprägt, wohlhabend und sicher gemacht hat. Wenn Merkel, Westerwelle und Co. von ihrer »neuen sozialen Marktwirtschaft« reden, meinen sie wohl eher eine »McKinsey-Gesellschaft«. In ihr werden die Gesellschaft zum Unternehmen, die Politik zur Unternehmensberatung und die sozialen Rahmenbedingungen

Liebe Leserinnen und Leser,



Sigmar Gabriel

Franz Müntefering hat am 13. April mit seiner Rede vor dem Programmforum der SPD eine Debatte um die Spielregeln des globalisierten Kapitalismus angestoßen. Diese Diskussion ist schon lange überfällig. Im Kern geht es darum, wie wir in Zukunft zusammen leben wollen. Es geht um die Frage, welchen Staat wir wollen und ob die Werte unserer Verfassung eigentlich noch gelten oder nicht. Wir müssen offensiver als bisher für die Spielregeln einer sozialen Marktwirtschaft eintreten, die auch international gelten – nicht nur, aber gerade auch am 1. Mai.

Sozialdemokraten und Gewerkschafter haben seit mehr als 100 Jahren mit nationalen Instrumenten dafür gesorgt, dass der wirtschaftliche und soziale Fortschritt in Deutschland aneinander gekoppelt wurden. Das war die erste Jahrhundertaufgabe der Sozialdemokratie. Nichts anderes ist der Sinn der sozialen Marktwirtschaft. Genau diese nationalen Mittel – Steuer- und Sozialsysteme, Tarifverträge, Mitbestimmung – greifen aber zunehmend weniger. Der wirtschaftliche Fortschritt im entfesselten und globalen Kapitalismus ist eben nicht mehr an den sozialen Fortschritt gebunden.

Die Sozialdemokratie tut gut daran, diese Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Im Gegenteil: Dabei kann trotz aller und auch in Zukunft unvermeidbarer Anpassungsprozesse innerhalb des Sozialstaates wieder klarer werden, wofür sie steht und wofür Konservative, Neoliberale und auch Grüne stehen. Wir müssen offensiver als bisher für die Spielregeln einer sozialen Marktwirtschaft eintreten, die auch international und zuerst in Europa gelten. Das ist die zweite Jahrhundertaufgabe der deutschen und europäischen Sozialdemokratie.

Ever

Sigmar Gabriel

der Marktwirtschaft zu »leistungshemmender Bürokratie und unnötigen Kostenstellen«.

CDU/CSU, FDP und manche Arbeitgeberfunktionäre wollen elementare Grundsätze unserer sozialen Marktwirtschaft aushebeln.

- Sie wollen die Tarifautonomie einschränken und sie wollen eine Abkehr von den bewährten Flächentarifverträgen.

- Sie wollen die Mitbestimmung zurückdrängen.
- Sie wollen den Kündigungsschutz bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln.

Dies alles ist Ausdruck purer Ideologie, in der die Interessen der Menschen hinter die Interessen der Wirtschaft gestellt werden.

Sozialdemokraten stehen dagegen für die Prinzipien der Solidarität und der gleichen Augenhöhe:

- für sichere Arbeitnehmerrechte,
- für gerechte Entlohnung,
- für Mitbestimmung.

Es gibt klare Alternativen in unserem Land: Soziale Gerechtigkeit statt Dominanz des Ellenbogens.

Dafür setzen sich die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften gemeinsam ein – auch nach dem 1. Mai.

Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes gestartet

Am 15. April gab eine Initiative des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen e. V. den Startschuss für das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Landesblindengeldes. SPD-Landesverband und SPD-Landtagsfraktion haben den Initiatorinnen und Initiatoren des Volksbegehrens die volle Unterstützung zugesagt.

Hintergrund ist, dass die Landesregierung mit Sozialministerin Ursula von der Leyen an der Spitze zum 1. Januar 2005 das Landesblindengeld in Niedersachsen faktisch abgeschafft hat. Niedersachsen ist damit das erste und einzige Bundesland, das blinden Menschen einen einkommensunabhängigen Nachteilsausgleich verwehrt und sie auf die Sozialhilfe verweist. Nach Schätzungen des Landesblindendenverbandes werden voraussichtlich nur noch 10 bis 15 Prozent der betroffenen blinden Menschen im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung überhaupt noch einen Anspruch auf Unterstützung haben.

Die Landesregierung rechtfertigt die Streichung des Landesblindengeldes mit der

notwendigen Haushaltskonsolidierung. Das ist aber nur ein Scheinargument, denn in Wirklichkeit wird der Landeshaushalt – wenn überhaupt – nur sehr gering entlastet. Dieser geringen Entlastung steht aber ein Kahlschlag bei blinden Menschen gegenüber.

In Wirklichkeit ist die Streichung des Landesblindengeldes für die Landesregierung in erster Linie ein Symbol für einen neuen Politikstil: Sie will verdeutlichen, dass es für sie in der Sozialpolitik keine Tabus gibt. Behinderte, Alte und Kranke werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und Almosen treten an die Stelle von sozialen Rechten und einem selbstbestimmten Leben.

Gegen diese neue Politik der sozialen

Kälte setzt die SPD mit der Unterstützung des Volksbegehrens ein eindeutiges Zeichen. Neben dem Blindenverband und der SPD unterstützen auch die Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände das Volksbegehren. Damit das Volksbegehren wirksam wird, müssen mehr als 600.000 Unterschriften gesammelt werden. Das wird nur gelingen, wenn die Organisationen, die das Volksbegehren unterstützen, ihre ganze Kraft in die Waagschale werfen und Menschen mobilisieren und überzeugen.

Nach den Worten von Sigmar Gabriel und Wolfgang Jüttner ist es Ziel der SPD, mindestens ein Viertel der erforderlichen Unterschriften – also mindestens 150.000 – beizubringen.



Kampagne zum Blindengeld-Volksbegehren

Wie selten bei einem Volksbegehren zeichnet sich jenes zum Landesblindengeld durch große Professionalität aus. Pünktlich zum Startschuss am 15.04.2005 präsentierte der Landesblindenverband Niedersachsen umfangreiche Materialien, die kostenlos auf der Internetseite (s.u.) bestellt werden können. An die unterstützenden Verbände – neben der SPD sind dies der DGB, ver.di, die AWO, SoVD und die Grünen – richtete sich die ausdrückliche Aufforderung des Blindenverbandes, diese Materialien bei ihren eigenen Aktionen einzusetzen.

Zur Zeit sind folgende Materialien verfügbar:

Material	Info	Organisation	Bestellung bzw. Download
Unterschriftenliste für das Volksbegehren	Doppelseitig kopieren!	Blindenverband	www.blindenverband.de/volksbegehren/
Wichtig-Blatt	Anmerkungen zum Ausfüllen der Unterschriftenliste	Blindenverband	www.blindenverband.de/volksbegehren/unterschriften/infomaterial.html
Info-Flyer	Wissenswertes rund um Blindengeld und Volksbegehren	Blindenverband	www.blindenverband.de/volksbegehren/unterschriften/infomaterial.html
Plakat DIN A0	Aufruf Volksbegehren	Blindenverband	www.blindenverband.de/volksbegehren/unterschriften/infomaterial.html
Plakat DIN A2	Aufruf Volksbegehren	Blindenverband	www.blindenverband.de/volksbegehren/unterschriften/infomaterial.html
Aktionsset	Bastelbogen für Blindenbinde, Schirmmütze u.a.m.	Blindenverband	www.blindenverband.de/volksbegehren/unterschriften/infomaterial.html
Aufkleber 21,5x3cm	Aufruf Volksbegehren	Blindenverband	www.blindenverband.de/volksbegehren/unterschriften/infomaterial.html
Flugblatt DIN A4	Gegen die Abschaffung des Blindengeldes!	SPD-Landtagsfraktion	www.spd-landtag-nds.de
Aufruf Gabriel und Jüttner	Brief an MultiplikatorInnen	SPD-Landtagsfraktion	www.spd-landtag-nds.de
Musterpresseinformation	SPD Musterort unterstützt Volksbegehren zum Blindengeld	SPD-Landtagsfraktion	www.spd-landtag-nds.de
Plakat DIN A2	Gegen soziale Kälte in Niedersachsen	SPD-Landtagsfraktion	Ab Anfang Mai lieferbar, Bestellungen über: www.spd-landtag-nds.de

Wissenswerte Links:

www.blindengeld-volksbegehren.de

Die offizielle Seite zum Volksbegehren mit Unterschriftenliste, Materialien zum Bestellen, Tipps, Anregungen und Beispielen

www.blindenverband.de

Die Seite des Landesblindenverbandes Niedersachsen als Hauptträger des Volksbegehrens

www.spd-landtag-nds.de

Die Seite der SPD-Landtagsfraktion mit Unterschriftenliste, Musterpresseinformationen und Materialien zum Download

Wildwest-Methoden in der Schlachtbranche beenden SPD fordert einen branchenspezifischen Mindestlohn

In den letzten Wochen wurde in zahlreichen Medienberichten auf unhaltbare Zustände in der deutschen Fleisch- und Schlachtindustrie hingewiesen. Mit Hilfe der Dienstleistungsfreiheit werden vornehmlich polnische Arbeitnehmer zu Dumping-Löhnen in deutschen Schlacht- und Zerlegebetrieben beschäftigt und deutsche Arbeitnehmer zunehmend verdrängt.

Obwohl für die Arbeitnehmerfreizügigkeit Übergangsfristen vereinbart wurden, ermöglicht die geltende Dienstleistungsfreiheit in der EU offenbar schon jetzt die Beschäftigung dieser Arbeitskräfte in Deutschland im Rahmen von Werkverträgen. Und dies unter Umgehung der geltenden Tariflöhne und Sozialstandards.

Erschwerend kommt hinzu, dass in der Schlachtbranche keine Tarifverträge bestehen. Somit bringt die jetzt von der Bundesregierung vorgeschlagene Änderung des Entsendegesetzes keine Lösung für die Fleisch- und Zerlegebetriebe.

»Die SPD-Landtagsfraktion will nicht mehr ohnmächtig daneben stehen, sondern im Sinne der Beschäftigten an konstruktiven Lösungen arbeiten. Im Rahmen eines Runden Tisches mit Vertretern aus Betriebsräten von Schlachtbetrieben, den Gewerkschaften, dem Hauptzollamt, der Bundesfinanzverwaltung und Bundestagsabgeordneten haben wir einen Entschließungsantrag erarbeitet, der die wesentlichen Forderungen zur Beendigung der Missstände in der Fleischbranche enthält«, fasst Stief-Kreihe zusammen.

So soll ein branchenspezifischer Mindest-

lohn festgesetzt sowie Kontingente für Fremdbeschäftigte (Werkverträge und Leiharbeit) festgelegt werden. Darüber hinaus muss es künftig eine klare Definition von Werkvertrag und Dienstleistung geben.

»Auch das Land ist in der Pflicht nicht mehr tatenlos zuzusehen und bei der Zuständigkeit immer auf die Bundesregierung zu verweisen«, macht Frauke Heiligenstadt deutlich. »Die Möglichkeiten für Kontrollen werden von den Landesbehörden bei weitem nicht ausgeschöpft. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Landesregierung gar kein Interesse an der Behebung der Missstände in der Schlachtindustrie hat.«

Hier beschreibt der Antrag die Forderung an die Landesregierung, gemeinsam mit den Gewerbeaufsichtsämtern die illegalen Beschäftigungen in der niedersächsischen Fleischwirtschaft intensiver und gezielter zu bekämpfen.

Stief-Kreihe: »Wir müssen auf allen Ebenen, die uns zur Verfügung stehen, tätig werden und unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so gut es geht schützen sowie unsere über Jahre hart erkämpften Sozialstandards erhalten.«



Karin Stief-Kreihe



Frauke Heiligenstadt

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite <http://www.spd-landtag-nds.de> mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemittelungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc. Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLS bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley
Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünnow
(E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz
(E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider
(E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

CDU und FDP dürfen strikte Konnexität nicht länger verzögern!

Die niedersächsischen Kommunen warten noch immer auf die Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips in der Niedersächsischen Verfassung, dessen Einführung von CDU und FDP für die ersten hundert Tage ihrer Regierungszeit versprochen worden war.

Die zwischenzeitlich von allen vier Landtagsfraktionen vorgelegten Gesetzentwürfe zur Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips in der Niedersächsischen Verfassung finden, wie die bisherigen Beratungen gezeigt haben, sämtlich nicht die für eine Verfassungsänderung notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit.

Insbesondere der von den Regierungsfractionen von CDU und FDP mit Landtagsdrucksache 15/1280 vorgelegte Gesetzentwurf wird dem berechtigten Anliegen der Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips als Abwehrrecht der kommunalen Gebietskörperschaften in keiner Weise gerecht. Obwohl Innenminister Schöneemann in der Plenarsitzung des Landtages vom 18. Februar 2004 den Eindruck er-

weckt hat, man sei sich mit den kommunalen Spitzenverbänden »bis auf einige Kommata« einig, lehnen die kommunalen Spitzenverbände diesen Entwurf insgesamt ab, da er zu keiner Verbesserung des verfassungsrechtlichen Schutzes der kommunalen Gebietskörperschaften führt.

»Die Einführung des strikten Konnexitätsprinzips ist jedoch angesichts der finanziellen Situation der Kommunen, aber auch angesichts der Erfahrungen des Umgangs der Landesregierung mit der kommunalen Ebene unverzichtbar«, stellt Johanne Modder fest. Die SPD-Landtagsfraktion drängt daher auf eine Verfassungsänderung noch vor der Sommerpause, deren Mindestbestandteil die von den kommu-



Johanne Modder

nalen Spitzenverbänden vorgelegten Eckpunkte sein müssen.

SPD stimmt gegen die Änderung der Kommunalverfassung

Gegen die Stimmen der SPD haben CDU und FDP die Änderungen der Kommunalverfassung beschlossen. Weder die Schwächung der Stellung der Frauenbeauftragten durch den weitgehenden Verzicht auf Hauptamtlichkeit und die Ermöglichung der Abwahl mit einfacher Mehrheit noch die Verlängerung der Amtszeit der hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bzw. Landrätinnen und Landräte traf auf die Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion.

Die Neuregelung der Bestimmungen über die Frauenbeauftragte (jetzt: Gleichstellungsbeauftragte) ist ein frauenpolitischer Rückschritt, der sich nicht mit der desolaten Haushaltslage der Kommunen begründen lässt: Allein durch den von CDU und FDP organisierten Griff in den kommunalen Finanzausgleich wurden den Kommunen handstreichartig 150 Millionen Euro vorenthalten, so dass die angebliche Sorge der Regierungsfractionen um die kommunalen Haushalte sehr zu bezweifeln ist.

Für die Verlängerung der Amtszeiten der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bzw. Landrätinnen und Landräte von fünf auf acht Jahre gibt es zwar einige Gründe, doch überwiegen die Bedenken: »Es

ist nicht nachvollziehbar, warum die Bürgerinnen und Bürger innerhalb von vierzig Jahren zwar zehn Mal eine Bundeskanzlerin bzw. einen Bundeskanzler, aber nur noch fünf Mal eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister wählen dürfen sollen«, führt Monika Wörmer-Zimmermann an.

Ebenfalls auf die Ablehnung der SPD ist die von CDU und FDP beschlossene faktische Anhebung der Antragsquoren für Bürgerbegehren auf 10 Prozent der wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner gestoßen. Hierdurch wird die Hürde für das Zustandekommen eines Bürgerbegehrens insbesondere in größeren Kommunen ohne Not erhöht. In Verbindung mit der gleichzeitigen Verlängerung



Monika Wörmer-Zimmermann

der Amtszeiten der Hauptamtlichen hat die schwarz-gelbe Kommunalverfassungsänderung damit zu einer nicht unerheblichen Reduzierung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten geführt.

Volunteers 4 NRW – 20. bis 22. Mai 2005

Wahlkampf-Endspurt NRW mit Gerhard Schröder, Peer Steinbrück und internationalen Gästen, Wahlkampf vor Ort mit den a.teams in den Unterbezirken und Wahlkampfbrunch – Anmeldungen an jusos@spd.de. Weitere Infos im Internet unter www.jusos.de. (Näheres siehe auch Artikel »Mitmachen bei der Volunteers for NRW – Aktion« auf Seite 10 in dieser Zeitung.

SPD für Konkretisierung der Graffiti-Strafbarkeit

SPD und Grüne haben im Bundestag am 22. April 2005 einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Graffitibekämpfung vorgelegt. Die Sachbeschädigungsdelikte der Paragraphen 303, 304 Strafgesetzbuch sollen um eine neue Tathandlung ergänzt werden, damit auch das unbefugte und nicht nur unerhebliche oder vorübergehende Verändern des Erscheinungsbildes einer fremden Sache eine strafrechtliche Verurteilung ermöglicht.



Heike Bockmann

Gegenüber dem geltenden Recht hat diese Ergänzung den Vorteil, dass gerichtliche Feststellungen der Sachbeschädigung erleichtert werden, weil die bisher oft langwierige und mit kosten-trächtigen Gutachten verbundene Beweisführung in Prozessen zur Feststellung der Substanzbeschädigung in einer Vielzahl von Fällen entbehrlich wird.

Bisher ist ein gegen den Willen des Eigentümers oder sonst Berechtigten angebrachtes Graffiti dann eine Sachbeschädigung, wenn die Substanz des Untergrundes so beeinträchtigt wurde, dass eine Reinigung zwangsläufig zur Beschädigung führt. Über diesen Punkt muss in Gerichtsverfahren häufig aufwändig Beweis geführt werden. Heike Bockmann begrüßte im Namen der SPD-Landtagsfraktion, dass sich die Koalition in Berlin dieses Themas angenommen hat.

Irritationen bei Leitstellendebatte umgehend beenden!

Der CDU-Innenminister hat eine irritierende Debatte über die Zukunft der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstellen losgetreten, die auch innerhalb der CDU-Landtagsfraktion für erhebliche Verstimmung gesorgt hat. Einerseits sollen die Leitstellen nach Aussage des CDU-Innenministers kommunale Aufgabe bleiben, auf der anderen Seite favorisiert er durch »Vorgaben« die Schaffung bunter Leitstellen am Sitz von Polizeidirektionen oder Polizeiinspektionen.

»Es kann auf keinen Fall angehen, dass das Land die Einrichtung von bunten Leitstellen gegen den Willen der Kommunen durchdrückt und diese dann im Sinne von »negativer Konnexität« an den Kosten beteiligen will«, rügte Klaus-Peter Bachmann im Landtag. Derzeit verfestigt sich jedoch bei den kommunalen Trägern und den Krankenkassen als Kostenträgern des Rettungsdienstes der Eindruck, dass die CDU/FDP-Landesregierung auf diesem



Klaus-Peter Bachmann

Wege Leitstellenkosten für den Polizeibereich auf Kassen und Kommunen abwälzen will.

Justizreform ja, aber kein Ausverkauf von Kernbereichen der Justiz

SPD gegen Zuständigkeitsverlagerung auf Notare

»Keine Sorge« – so lautet zurzeit eine Botschaft der Justizministerin Frau Heister-Neumann und mancher anderer Justizminister. Es heißt, niemand wolle die Justiz kaputt sparen, nachhaltige Strukturverbesserungen seien das Ziel. – Nichts davon findet sich jedoch in der Justizpolitik der CDU-Ministerin wieder. Vielmehr ist von Verschlingung der Justiz, von mehr Transparenz und Effizienz, von Aufgabenübertragung und Deregulierung die Rede. Was von solchen Schlagworten zu halten ist, hat Norbert Blüm einmal auf den Punkt gebracht: »Hätte ich einen Papagei, würde ich ihn drei Wörter lehren: Kostensenkung, Deregulierung, Privatisierung.« Damit, meinte Blüm weiter, sei das neoliberale Programm ausreichend beschrieben. Heribert Prantl meinte im November 2004 in der Süddeutschen Zeitung angesichts der genannten Schlagwörter, Blüm habe diesen Papagei nun offenbar an die Landesjustizministerkonferenz ausgeliehen.

Man muss hoffen, dass vor einer Verlagerung von Aufgaben der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Folgen einer solchen Maßnahme seriös untersucht werden. Die niedersächsische Justizministerin muss sich die Frage gefallen lassen, warum sie mit den Nachlasssachen ausgerechnet einen Aufgabenbereich der Gerichte, der



Friedhelm Helberg

Überschüsse erwirtschaftet, der Justiz entziehen will, obwohl die effektivste und gleichzeitig für den Staat und die Gesellschaft günstigste Bearbeitung der Nachlasssachen in den Gerichten selbst erfolgt. Es gibt damit keine erkennbaren sachlichen Gründe für die Auslagerung dieser Aufgaben aus der Justiz. »Die CDU/FDP-Landesregierung muss sich fragen lassen, ob es eventuell sachfremde Erwägungen sind, die sie so hartnäckig darauf hinwirken lassen, den Notaren diese Aufgaben anzudienen«, so Friedhelm Helberg.

Teure Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für überflüssigen Staatssekretär

Nach der Abschaffung der Bezirksregierungen war es still geworden um das Thema Verwaltungsreform. Die massiven Probleme, die durch die Abschaffung der Bezirksregierungen entstanden sind, wurden von der CDU/FDP-Landesregierung geflissentlich ignoriert. Viele Beobachter fragten sich: Was tut eigentlich der hoch dotierte »Sonderstaatssekretär« im Innenministerium? Jetzt gab es eine verblüffende Antwort: er sucht Arbeit, wird aber dabei gut bezahlt ...

Was macht eine Landesregierung, die das Projekt Verwaltungsreform abgeschlossen hat, die »Stabsstelle Verwaltungsreform« samt Sonderstaatssekretär (besser besoldet als alle seine Amtskollegen!) aber nicht aufgeben will? Sie sucht ein paar laufende Projekte zusammen, die alle irgendetwas mit Verwaltung zu tun haben, macht ein Bändchen drum und schreibt drauf: »Verwaltungsreform Phase II«.

»Diese ‚Phase II‘ ist eine Aneinander Sammlung von Plattitüden, Absichtserklärungen und Selbstverständlichkeiten«, sagte dazu die Verwaltungsreform-Expertin der SPD-Fraktion Sigrid Leuschner. »Im Kern handelt es sich um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Sonderstaatssekretär Meyerding. Dieser Sonderstaatssekretär gehört unverzüglich abberufen.« Angesichts der massiven Kürzungen bei den Landesbediensteten sei es geradezu

frivol, einen fürstlich dotierten Staatssekretärsposten samt umfangreichem Stab für die Erledigung von Aufgaben vorzuhalten, die selbstverständlicher Bestandteil des Tagesgeschäfts einer jeden Landesregierung sein müssten.

»Natürlich ist es sinnvoll, die IT-Infrastruktur, das Gebäudemanagement oder die Landeslabors zu optimieren. Ich frage mich nur, was die zuständigen Minister in den letzten zwei Jahren getan haben. Haben die das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus dem Festen geschmissen?« Es sei zudem erstaunlich, dass erst die Mittelinstanzen zerschlagen, dann den Kommunen 150 Millionen Euro geklaut und schließlich die interkommunale Zusammenarbeit mit guten Worten gestärkt werden solle. »Die Städte und Gemeinden brauchen keine warmen Worte. Sie brauchen klare Zusagen und das Geld,



Sigrid Leuschner

das ihnen zusteht«, so Leuschner. Regelrecht gefährlich seien die Pläne der Landesregierung zur Privatisierung des Justizvollzugs. »Das hat nichts mit Verwaltungsmodernisierung zu tun. Wenn die Justizministerin in den niedersächsischen Gefängnisse amerikanische Verhältnisse haben will, muss sie das offen sagen.«

Städtebauförderung 2006 fortsetzen CDU und FDP drücken sich um eindeutige Aussage

Die Redebeiträge von CDU und FDP zum SPD-Antrag »Förderung von Wohnformen und Wohngebieten wieder sozial gerecht gestalten« blieben erneut ohne klares Bekenntnis zur Fortsetzung der Städtebauförderung im Programmjahr 2006.

Zwar hatte Sozialministerin von der Leyen bei der Streichung der Städtebauförderung 2005 noch versprochen, es handle sich nur um eine einjährige Unterbrechung und die Förderung werde im Haushaltsjahr 2006 wieder aufgenommen. Offensichtlich wollen sich die Regierungsfraction aber auf dieses Versprechen nicht festlegen.

Man wolle erst bei den Haushaltsberatungen entscheiden, deuteten die Redner von CDU und FDP an. Dass die Planungen für die Städtebauförderung in den Städten und Gemeinden in Niedersachsen aber schon jetzt beginnen müssen, wenn die Projekte 2006 laufen sollen, kümmert die Regierungsfractionen nicht.

Dabei liegt es nicht an fehlenden Mitteln. Während die Landesregierung Milliar-

densummen verschenkt, indem sie im Bundesrat den längst fälligen Subventionsabbau blockiert, fehlen in Niedersachsen dringend notwendige kommunale Investitionen. Im Städtebau wird damit gerechnet, dass jeder Euro aus öffentlichen Mitteln zusätzlich bis zu acht Euro an privaten Investitionen nach sich zieht. Im Jahr 2005 gehen so fast 450 Millionen Euro an Investitionen in Niedersachsen verloren.

Abgesehen vom volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Schaden, den die Landesregierung dadurch hervorruft, ist auch die Städtebauphilosophie, die dahinter steht höchst fragwürdig. Während nämlich insbesondere der Eigenheimbau durch die Eigenheimzulage weiterhin auf hohem Niveau aus öffentlichen Mitteln gefördert wird, gehen sozia-



Uwe Harden

le Problemgebiete durch die Streichung der Städtebaufördermittel leer aus. »Die Landesregierung lässt Stadtteile mit besonderem Förderbedarf im Stich«, sagt Uwe Harden.

Jugendarbeitslosigkeit: Katastrophale Zahlen in Niedersachsen

Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fällt Niedersachsen zurück. Lag unser Bundesland in der Jugendarbeitslosigkeit unter der SPD-geführten Landesregierung stets unter dem Durchschnitt aller Länder, ist Niedersachsen nach nur zwei Jahren CDU-FDP-Landesregierung deutlich zurückgefallen.

Folgende Zahlen verdeutlichen die miserable Jugendarbeitsmarktbilanz der Landesregierung:

- Niedersachsen hatte 2004 nur 84,4 betriebliche Ausbildungsstellen pro 100 einheimischer Bewerber. Im westdeutschen Bundesdurchschnitt waren es 86,6 Stellen;
- entgegen den Erfolgsmeldungen der Staatskanzlei konnten in Niedersachsen 2.806 Jugendliche Lehrstellenbewerber nicht in Ausbildung vermittelt werden – der höchste Wert seit mehr als fünf Jahren;
- die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren stieg in Niedersachsen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat im Februar 2005 um 135% und im März 2005 um 122,6%. Niedersachsen ist damit nach Bremen Schlusslicht in Deutschland;
- die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren stieg in Niedersachsen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat im Februar 2005 um 44,1% und im März 2005 um 43,2%. Auch hier ist Niedersachsen nach Bremen an letzter Stelle in Deutschland. Der bundesweiten Durchschnitt liegt bei 27,9%;
- auf dem Ausbildungsmarkt zeigt sich der Abwärtstrend ebenfalls sehr deutlich. Seit Jahresbeginn wurden 11,3% weniger Ausbildungsstellen gemeldet als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, während gleichzeitig die Bewerberzahl um 1,0% stieg.

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Uwe Schwarz, bilanziert deshalb: »Diese Zahlen belegen ganz eindeutig, dass die niedersächsische Landesregierung endlich tätig werden muss. Es reicht nicht aus, pro Forma einen Ausbil-



Uwe Schwarz

dungspakt mit der niedersächsischen Wirtschaft zu schließen, sondern die Jugendarbeitslosigkeit muss aktiv und entschlossen bekämpft werden.«

Busemann täuscht die Öffentlichkeit Werden bis zu 1.400 Lehrerstellen verzögert besetzt?

In einer Landtagsdebatte zur Unterrichtsversorgung hat Kultusminister Bernd Busemann wider besseren Wissens die Beantwortung präziser Fragen aus der SPD-Fraktion verweigert. »Er setzt damit seine Täuschung von Öffentlichkeit und Parlament fort«, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner.

Jüttner belegte seinen Vorwurf mit Beispielen:

1. Der Kultusminister verweigerte die Antwort auf die Frage, wie viele der 1.500 an allgemein bildenden Schulen zusätzlich eingestellten Lehrer durch die Schulstrukturreform »verbraucht« wurden. Dazu Jüttner: »Nach Berechnungen aus dem Kultusministerium hat allein die Abschaffung der Orientierungsstufe zu einem Mehrbedarf von 1.161 Stellen geführt.«
2. Der Kultusminister verweigerte die Auskunft auf die Frage, wie das Kultusministerium die in diesem Jahr auferlegte Einsparauflage von 49,2 Millionen Euro erbringen will. »Dabei ist angesichts der Haushaltsstruktur im Kultusministerium klar: Eine so gewaltige Summe kann nur durch Einsparungen bei den Lehrern erwirtschaftet werden – mit gravierenden Folgen für die Unterrichtsversorgung«, so Jüttner.

3. Der Kultusminister verweigerte die Auskunft auf die Frage, wie sich die Situation bei den so genannten »Feuerwehrlehrkräften« darstellt,



Silva Seeler

die zum Ausgleich längerfristiger Ausfälle von Lehren eingesetzt werden. »Dabei sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen die Schulbehörde sachlich berechnigte Anträge auf die Zuweisung solcher Lehrkräfte abgelehnt hat«, betonte der SPD-Politiker.

4. Der Kultusminister verweigerte die Auskunft auf die Frage, wie sich die neue Methode zur Berechnung der Unterrichtsversorgung auswirke. »Die Landesregierung braucht heute rund 1.200 Lehrerstellen weniger als noch vor drei Jahren, um auf eine rechnerische Unterrichtsversorgung von 100 Prozent zukommen. Würden die alten Berechnungsparameter angelegt, läge die Unterrichtsversorgung heute um rund 2,2 Prozent niedriger als vom Kultusminister behauptet«, rügte Wolfgang Jüttner.

»Kultusminister Bernd Busemann muss einen Grund dafür haben, dass er all diese Informationen vorenthält«, führte Jüttner im Landtag an.

»Angesichts dieser Vernebelungstaktik mussten wir auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Zahlen selbst Berechnungen anstellen. Das Ergebnis ist alarmierend: Die Landesregierung wird in diesem Jahr je nach Einstellungstermin bis zu 1.400 frei werdende Lehrerstellen nicht wiederbesetzen können.«

Diese Befürchtung belegt die SPD-Landtagsfraktion wie folgt:

- Die Einsparauflage für das Kultusministerium in Höhe von 49,2 Millionen Euro entspricht über 1.000 Lehrerstellen, die ein Jahr lang nicht besetzt werden können.
- Das Kultusministerium wird durch die um sieben Monate verzögerte Neubesetzung von 500 zum 1. Februar frei gewordenen Stellen (Einstellungstermin ist erst der 1. September) rund 13 Millionen Euro einsparen.
- Zum nächsten Schuljahr müssen knapp 27 Mio. Euro durch die Verzögerung von Einstellungen erwirtschaftet werden. Die maximale Verzögerung der Wiedereinstellung beträgt in diesem Jahr fünf Monate (1. August bis 31. Dezember), das entspricht einer rechnerischen Ein-

Hotline zum Thema Unterrichtsversorgung am 18. April war voller Erfolg

Die Telefone in den Büros der SPD-Landtagsfraktion standen nicht still; der Andrang war so groß, dass sich viele Anruferinnen und Anrufer über besetzte Anschlüsse beklagten.

»Wir haben wichtige Informationen zur Situation vor Ort gesammelt«, so Wolfgang Jüttner. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion hatte gemeinsam mit anderen Schulexperten am Montag, 18. April 2005 eine Hotline zum Thema Unterrichtsversorgung geschaltet.

Die Befürchtungen haben sich bestätigt: An vielen Schulen fällt Unterricht selbst in den Hauptfächern zum Teil über Monate hinweg aus. So genannte »Feuerwehrlehrkräfte« gibt es kaum noch. Besonders bedrückend war, dass viele Eltern den Eindruck hatten, Kultusminister Busemann interessiere sich gar nicht für die Probleme an den einzelnen Schulen.

Die SPD-Fraktion verlässt sich in Sachen Unterrichtsversorgung nicht auf die Auskünfte des Kultusministers. »Minister Busemann versucht die Zahlen schönzurechnen«, stellt der bildungspolitische Sprecher Wolfgang Jüttner fest.



Wolfgang Jüttner

sparung von 5,4 Millionen Euro pro Monat.

- Eine Lehrerstelle kostet pro Monat rund 3.750 Euro. Um die Einsparauflage zu erfüllen, müssten also theoretisch 1.440 Stellen vier Monate lang frei gehalten werden.

Noch am 18.4.2005 hatte der Kultusmi-

nister in einer Pressemitteilung erklärt: »Zum Schuljahresbeginn 2005/2006 werden 1.754 frei gewordene Planstellen für Lehrkräfte an den allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen wieder besetzt.«

»Schon jetzt ist klar: Herr Busemann hat die Öffentlichkeit damit bewusst getäuscht«, folgert Jüttner.

Rückführung der Neuverschuldung ist ein Ammenmärchen

»Die Behauptung von Finanzminister Möllring, die Nettokreditaufnahme würde jährlich um 350 Mio. Euro zurückgeführt, ist endgültig als Ammenmärchen entlarvt worden«, so der finanzpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Dieter Möhrmann. »In Wirklichkeit steigt die Neuverschuldung weiter an.« Das Land nimmt nicht, wie behauptet, 2,15 Milliarden Euro zusätzlicher Kredite auf, sondern ca. 2,7 Milliarden Euro und damit deutlich mehr als im Vorjahr.

Eine Große Anfrage der Fraktion der Grünen im Landtag bestätigte die katastrophalen Zahlen. Unter der Regierung Wulff haben die Investitionen einen historischen Tiefstand erreicht. Kein Bundesland verwendet einen geringeren Teil seiner Ausgaben für Investitionen als Niedersachsen. Die Investitionsquote ist auf nur noch 7,1% abgesunken.

Das Verhältnis zwischen der Nettokreditaufnahme und den selbst finanzierten Investitionen war noch nie so schlecht wie im Jahre 2005. Die neuen Schulden des Landes sind fast 2,5 Mal so hoch wie die vom Land finanzierten Ausgaben für Investitionen. Diese verheerenden Zahlen sind aber in Wirklichkeit noch viel dramatischer, da das Finanzministerium hunderte Millionen neuer Schulden in Schatzenhaushalte bei der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft (HanBG), einer 100% Tochter des Landes und der Landes-

treuhandstellen verschoben hat. Allein die HanBG muss 530 Mio. Euro neue Schulden aufnehmen, für die das Land geradezustehen hat.

Die Mittelfristige Finanzplanung der Landesregierung sieht für die nächsten Jahre weiterhin verfassungswidrige Haushalte vor, in denen die neue Schulden höher sind als die Ausgaben für Investitionen. Die niedrige Investitionsquote soll bis 2008 sogar noch weiter fallen. »In einer Zeit der wirtschaftlichen Schwäche müsste das Land investieren, um die daniederliegende Bauwirtschaft zu stimulieren, die Regierung Wulff macht jedoch genau das Gegenteil«, kritisierte Dieter Möhrmann die Landesregierung.

Neben dieser gigantischen und zum Teil verschleierte Verschuldung verkauft die Regierung Wulff Landesvermögen in einem ungekannten Tempo und verbraucht die Erlöse zum Stopfen von Haushaltslö-



Dieter Möhrmann

chern. So sind Anteile in Höhe von 450 Mio. Euro an der Nord LB an die HanBG übertragen worden und die Spielbanken für 100 Mio. Euro an einen österreichischen Investor verkauft worden. »Anstatt die Einnahmen für Wissenschaft und Forschung zukunftsweisend einzusetzen, ist alles für die laufenden Ausgaben des Landes verbraucht worden«, so Möhrmann.

Mitmachen bei der »Volunteers for NRW«-Aktion!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer,

am 22. Mai wird in NRW gewählt und wir brauchen dazu eure Unterstützung und Mithilfe!

Wir laden euch ein, im Endspurt des Wahlkampfes am Wochenende vom **20.-22. Mai 2005** in NRW mit dabei zu sein und dafür zu kämpfen, dass NRW rot bleibt! Junge WahlkämpferInnen aus dem gesamten Bundesgebiet sollen an diesem Wochenende in NRW zusammenkommen, um die SozialdemokratInnen vor Ort beim Wahlkampf zu unterstützen.

Programm:

Freitag, 20.05.

Endspurt in Dortmund mit Gerhard Schröder, Peer Steinbrück und internationalen Gästen

Samstag, 21.05.

Wahlkampf vor Ort – Volunteer-Partnership mit den a.teams in den Unterbezirken

Sonntag, 22.05.

Wahlsonntag – Wahlkampfbrunch und Rückreise

Wenn ihr Interesse habt, ein »Volunteer for NRW« zu werden, dann schreibt einfach eine kurze Mail mit der Angabe eurer Adresse und eures Landesverbandes/ Unterbezirks an jusos@spd.de.



Wir freuen uns über eure rege Beteiligung und hoffen, dass NRW dank eurer Hilfe auch nach dem 22. Mai die »Herzkammer der Sozialdemokratie« bleibt! Mit roten Grüßen aus Berlin! Katrin Münch

Jusos in der SPD • Tel.: 030/25991 365 • Fax: 030/25991 415 • mailto: katrin.muench@spd.de • <http://www.jusos.de> • Für Mitglieder: <http://www.jusos-insite.de>.

60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

8. Mai 1945 – 8. Mai 2005

Am 8. Mai jährt sich das Kriegsende in Europa zum 60. Mal. Die alliierten Streitkräfte beendeten die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten. Nach sechs Jahren Krieg und über 60 Millionen Toten bedeutete der 8. Mai 1945 das Ende der verbrecherischen Gewaltherrschaft Deutschlands über fast ganz Europa und das Ende des Massenmordes an den europäischen Juden. Auch die Verfolgung und die Ermordung von zahlreichen anderen Opfern endete an diesem Tag.

Für Millionen von Menschen war der 8. Mai ein Tag der Hoffnung und der Zuversicht. Eine Hoffnung auf ein demokratisches Deutschland und ein friedliches Europa. Gedenken wir am 08. Mai gemeinsam der Opfer der Naziherrschaft und begehen wir diesen Tag gemeinsam mit denen, die Widerstand gegen das Naziregime geleistet haben, und denen, die uns als Alliierte von der NS-Diktatur befreit haben.

Jenen, die die Geschichte umdeuten und die Opfer am Tag der Befreiung verhöhnen wollen, setzen wir die Entschlossenheit aller demokratischen Kräfte entgegen. Wir wollen in Deutschland nie wieder Unfreiheit, Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus zulassen.

Veranstaltung zum Gedenken

Verdi-Höfe, Haus B, Goseriende 10, 30159 Hannover

Sonntag, 8. Mai 2005, 16:00 Uhr

- Begrüßung:** Heinrich Aller – SPD-Unterbezirk Region Hannover
Sebastian Wertmüller – DGB-Region Niedersachsen-Mitte
- Vortrag:** »8. Mai 1945 – 8. Mai 2005. Warum feiern nicht alle Deutschen den 8. Mai?« – Prof. Rolf Wernstedt, Landtagspräsident a.D.
- Kurzbeiträge:** Sylvia Heise, DGB-Jugend
Christian Lips, Jusos Region Hannover
- Musikalischer Rahmen:** DGB-Chor Hannover mit Liedern zum Jahrestag
- Veranstalter:** DGB-Region Niedersachsen-Mitte
SPD-Unterbezirk Region Hannover
mit freundlicher Unterstützung durch den ver.di-Bezirk Region Hannover
- um Anmeldungen wird gebeten an:** Service- und Kommunikationscenter der SPD Region Hannover
Odeonstr. 15/16 – 30159 Hannover – Tel. 0511/1674-240 – Fax 0511/1674-266
E-Mail: region-hannover@spd.de



8. Mai 1945 - 8. Mai 2005

60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Veranstaltung zum Gedenken

Sonntag, 8. Mai 2005, 16.00 Uhr

ver.di-Höfe, Haus B, Veranstaltungsbereich Rotation, Goseriende 10, 30159 Hannover

Begrüßung:
Heinrich Aller
SPD-Unterbezirk Region Hannover
Sebastian Wertmüller
DGB-Region Niedersachsen-Mitte

Vortrag:
„8. Mai 1945 - 8. Mai 2005
Warum feiern nicht alle Deutschen
den 8. Mai?“
Prof. Rolf Wernstedt
Landtagspräsident a.D.

Kurzbeiträge:
Sylvia Heise, DGB-Jugend
Christian Lips, Jusos Region Hannover
Musikalischer Rahmen:
DGB-Chor Hannover
mit Liedern zum Jahrestag

Veranstalter:
DGB-Region Niedersachsen-Mitte
SPD-Unterbezirk Region Hannover
mit freundlicher Unterstützung durch
den **ver.di-Bezirk Region Hannover**

Anmeldung
Auf beiliegender Karte, per Telefon, per
Fax oder per Mail bitte wie folgt bis
4. Mai 2005:

Service- und Kommunikationscenter
der SPD in der Region Hannover
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Tel.: 05 11/ 16 74 240
Fax: 05 11/ 16 74 266
E-Mail: region-hannover@spd.de



Niedersachsen blockiert Spitzenförderung an Hochschulen

Ein schwarzer Tag für Niedersachsens Hochschulen. Die Profilierungssucht des Ministerpräsidenten blockiert erneut die Spitzenförderung. Ministerpräsident Wulff fiel auch dieses Mal wieder seinem eigenen Fachminister in den Rücken und schlug sich auf die Seite von Koch.

Gemeinsam brachten Wulff und Koch den mühsam ausgehandelten Kompromiss erneut zu Fall. Dieses Fazit formulierte Dr. Gabriele Andretta in der von der SPD-Landtagsfraktion beantragten Aktuellen Stunde.

Alle Hochschulen und Forschungsorganisationen blickten erwartungsvoll auf den 14. April – den Tag, an dem die Ministerpräsidenten endlich den Weg frei machen sollten für die Spitzenförderung an den Hochschulen. 15 Länder-Wissenschaftsminister und der Bund hatten in vielen Verhandlungsrunden einen Kompromiss ausgehandelt, der auch von Niedersachsen unterstützt wurde. Der Weg schien also frei für das von den Hochschulen lang ersehnte 1,9 Milliarden schwere Bundesländer-Programm zur Spitzenforschung. Gefördert werden sollten zum einen Graduiertenkollegs, zum anderen der Aufbau von internationalen Exzellenzzentren und als dritte und innovative Säule, Spitzenforschung an bis zu zehn Universitäten.

75 Prozent des Geldes wollte der Bund zahlen, 25 Prozent die Länder. Die Abstimmung in der BLK hatte ein eindeutiges Ergebnis 31:1.

Wir erinnern uns: auf den Weg gebracht wurde die Exzellenzinitiative von Edelgard Bulmahn bereits im Januar 2004. Im Herbst haben sich die Fachminister der Länder mit dem Bund auf ein Konzept geeinigt, dass den Bedenken der Länder weitgehend Rechnung trug. Mitte November lag der Vertrag unterschriftsreif auf dem Tisch. Doch dann trat das Blockade-Duo Wulff und Koch auf den Plan. Die Hochschulen mussten hilflos mit ansehen, wie Wulff und Koch ihre Zustimmung zur Exzellenzinitiative mit den Ergebnissen der Förderalismuskommission verknüpften und das Ganze gezielt zum Scheitern brachten.

Um den Parteifreund Koch zu schonen, wird den Hochschulen in Niedersachsen in kurzer Zeit der zweite Tiefschlag verpasst. Zuerst plündert diese Regierung mit



Dr. Gabriele Andretta

dem HOK die Kassen der Hochschulen, Jahr für Jahr 60 Millionen Euro. Und es sind gerade unsere forschungsstärksten Hochschulen Braunschweig, Hannover und Göttingen, die am meisten bluten müssen. Und dann verweigern Sie ihren eigenen Hochschulen die Chance sich das Geld vom Bund zu holen.

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

Projektgruppe Regionalentwicklung

Dienstag, 03. Mai 2005 von 9:30 bis 16:00 Uhr

Niedersächsischer Landtag – Raum 1208, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Weitere Infos im Internet im »Netzwerk«-Bereich unter »Projektgruppen«

Nachfragen bitte richten an: Johanne Modder, E-Mail info@johanne-modder.de

Projektgruppe Innovationspolitik

Dienstag, 03. Mai 2005 von 10:30 bis 12:00 Uhr

Niedersächsischer Landtag – Raum 1207, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Weitere Infos im Internet im »Netzwerk«-Bereich unter »Projektgruppen«

Nachfragen bitte richten an: Gabriele Andretta, E-Mail gabriele.andretta@spd.de

Fraktionsvorstand

Dienstag, 03. Mai 2005 von 12:00 bis 14:00 Uhr

Niedersächsischer Landtag – Raum 122, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

FES im Landtag: Große Justizreform – nachhaltige Strukturverbesserung oder Verstümmelung des Rechtsstaats?

Nach einem Vortrag von Martin Klingst (DIE ZEIT) zum Thema »Braucht Deutschland diese Justizreform?« diskutieren Edgar Isermann (Präsident Oberlandesgericht Braunschweig), Wulf Meinecke (Vizepräsident der Rechtsanwaltskammer Celle), Monika Nöhre (Präsidentin des Kammergerichtes Berlin) und Dr. Herwig van Nieuwland (Präsident des nds. Obergerverwaltungsgerichtes).

Dienstag, 03. Mai 2005 von 17:00 bis 19:00 Uhr

Neues Rathaus – Gartensaal, Trammplatz, 30159 Hannover

Anmeldungen bitte richten an die Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Niedersachsen, E-Mail hannover@fes.de oder Fax 0511/30 61 33

60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus – Veranstaltung zum Gedenken

Sonntag, 8. Mai 2005 ab 16:00 Uhr

Veranstaltung des SPD-Unterbezirks Region Hannover mit dem DGB

Verdi-Höfe, Haus B, Goseriede 10, 30159 Hannover

Nachfragen und weitere Infos bei der SPD Region Hannover, E-Mail region-hannover@spd.de

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

Fraktionsvorstand

Dienstag, 10. Mai 2005 von 12:00 bis 14:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag – Raum 122, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Fraktionssitzung

Dienstag, 10. Mai 2005 von 14:00 bis 16:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag – Raum 122, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Fraktionsvorstand

Dienstag, 17. Mai 2005 von 12:00 bis 14:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag – Raum 122, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Fraktionssitzung

Dienstag, 17. Mai 2005 von 15:00 bis 17:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag – Raum 122, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Landtagsplenum

18. bis 20. Mai 2005
Niedersächsischer Landtag, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Projektgruppe »Zukunft der Bildung« des SPD-Landesverbandes

Mittwoch, 18. Mai 2005 von 17:00 bis 19:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag – Raum 1208, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Weitere Infos im Internet im »Netzwerk«-Bereich unter »Netzwerk-Themen«
Nachfragen bitte richten an: Margrit Gärtner, E-Mail Margrit.Gaertner@spd.de

Volunteers 4 NRW

20. bis 22. Mai 2005
Wahlkampf-Endspurt NRW mit Gerhard Schröder, Peer Steinbrück und internationalen Gästen, Wahlkampf vor Ort mit den a.teams in den Unterbezirken und Wahlkampfbrunch
Anmeldungen an jusos@spd.de
Weitere Infos im Internet unter www.jusos.de

Fraktionsvorstand

Dienstag, 24. Mai 2005 von 12:00 bis 14:00 Uhr
Niedersächsischer Landtag – Raum 122, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

FES im Landtag

Dienstag, 24. Mai 2005 von 17:00 bis 19:00 Uhr
Leineschloss – Niedersächsischer Landtag, H.-W.-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Anmeldungen bitte richten an die Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Niedersachsen, E-Mail hannover@fes.de oder Fax 0511/30 61 33

Bundesminister Hans Eichel zum »Thema Subventionsabbau und Föderalismusreform als Chance zur Konsolidierung von Landeshaushalten«

Mittwoch, 1. Juni 2005 von 18:00 – 19.30 Uhr
Maritim Grand Hotel Hannover – Friedrichswall 11 (gegenüber dem Neuen Rathaus) – 30159 Hannover
Weitere Informationen folgen unter <http://www.spd-landtag-nds.de>
Anmeldungen bitte an: Thilo Scholz, E-Mail thilo.scholz@lt.niedersachsen.de

Kleiner Landesparteitag der SPD Niedersachsen

Samstag, 4. Juni 2005 von 10:00 bis ca. 14:00 Uhr
Themenschwerpunkt: Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
ORT: HVHS Springe (angefragt) – Kurt-Schumacher-Str. 5 – Springe
Um ANMELDUNGEN wird unter der Nennung von Namen, SPD-Gliederung, E-Mail-Adresse und Personenzahl an Margrit Gärtner (SPD-Landesverband Niedersachsen) per E-Mail (Margrit.Gaertner@SPD.de) oder Fax an 0511/1674-211 gebeten.

Niedersächsischer Behördenmarathon

Mittwoch, 8. Juni 2005 ab 16:00 Uhr
Maschsee Hannover
Veranstalter: SPD-Landtagsfraktion mit freundlicher Unterstützung des Landessportbundes Niedersachsen e.V.
Weitere Infos bei Ingo Delzer (Ingo.Delzer@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4015)

Kommunalpolitische Fachtagung

Dienstag, 14. Juni 2005 von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr
Das Programm wird noch bekannt gegeben.
Ort: Niedersächsischer Landtag, Raum 122
Anmeldungen sind unbedingt erforderlich, bitte richten an Thilo Scholz (Thilo.Scholz@lt.niedersachsen.de)